

H e f t 17
XIV. Jahrgang

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv an der Universität Hamburg in Verbindung mit dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel

Anschrift für Verlag Wirtschaftsdienst, G. m. b. H., und Schriftleitung: Hamburg 36, Poststr. 19 / Fernruf: C 4 Dammtor 5472 und 5951 / Tel.-Adr.: Weltarchiv Hamburg / Postscheckkonto: Hamburg 12842 / Bankkonto: Deutsche Bank Filiale Hamburg
Bezugspreis viertelj. 12 RM / Buchhändlerische Auslieferung durch Friederichsen, de Gruyter & Co. m. b. H., Hamburg 36

Wirtschaftspolitische Gedanken, die in Aufsätzen und Berichten des „Wirtschaftsdienst“ entwickelt werden, stehen allein unter der Verantwortung der Verfasser. Sie stellen keine Meinungsäußerungen der Herausgeber dar.

Snowdens Vorstoß in der Kriegsschuldenfrage und der Stillstand der Reparationsverhandlungen

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

In der Budgetdebatte des Britischen Unterhauses hat Snowden die berühmte Balfour-Note als „schändlich“ (infamous) bezeichnet; gelegentlich einer Besprechung am nächsten Tage weigerte er sich, seine Erklärung, die Labour Party „sei bereit, unter gegebenen Umständen die Bedingungen jener Note als nicht bindend zu betrachten“, abzuschwächen. In Anbetracht dieser Lage ist es von Bedeutung, dem Ausland einmal die eigentliche Stellung Großbritanniens klar vor Augen zu führen.

Snowdens Ausbruch ist darum besonders zu bedauern, weil einige der Gedanken, die ihm vermutlich vorschwebten, bei vielen Engländern freudige Zustimmung finden würden. Denn Snowdens Ansicht, daß England das Problem der zwischenstaatlichen Verschuldung mit wenig Geschick gehandhabt habe, bleibt nicht auf die Reihen der Labour Party beschränkt. Bonar Laws leidenschaftlich vertretene Überzeugung, daß Baldwins Abkommen über die Fundierung der amerikanischen Schulden ein verhängnisvoller Mißgriff war, hat in England sehr viel mehr Anhänger, als in der Presse jemals zum Ausdruck gekommen ist.

Es gibt auch Viele, die schon damals empfanden und im Laufe der Zeit in ihrer Ansicht bestärkt wurden, daß die Balfour-Note zwar eine schöne Geste, aber eine impulsive, vorzeitige Konzession gewesen sei. Es wäre vielleicht klüger gewesen, sie und unsere anderen Konzessionen für eine befriedigende allgemeine Regelung in Reserve zu halten. So werden beispielshalber die britischen Vertreter auf der Reparationskonferenz in Paris dadurch behindert gewesen sein, daß sie nach den bereits gemachten großen Zugeständnissen nichts mehr anzubieten hatten, um das Räderwerk der Verhandlungen und Kompromisse in Gang zu halten.

Aber es gibt etwas, dem größere praktische Bedeutung zukommt als dem Murren über geschehene Dinge: das ist Englands gegenwärtiges Verhalten Frankreich

gegenüber. Snowden würde die öffentliche Meinung auf seiner Seite gehabt haben, wenn er sich darauf beschränkt hätte, der Meinung Ausdruck zu geben, daß, da Frankreich die Ratifikation des wirklich großzügigen englischen Angebots noch immer hinausschiebt, einer künftigen britischen Regierung zweifellos das Recht zustünde, mit neuen Bedingungen aufzutreten, die sich natürlich im Rahmen der Balfour-Note zu halten hätten.

Frankreichs Politik sowohl England wie den Vereinigten Staaten gegenüber, für sich die besten Bedingungen herauszupressen und sich dann zu weigern, dieselben zu ratifizieren, in der Annahme, diese Bedingungen blieben ihm immer vorbehalten, und ihre Anerkennung sei für unbestimmte Zeit ohne Entgelt in sein Belieben gestellt, ist, unvoreingenommen betrachtet, ziemlich dreist. Ein Mahnruf Snowdens, daß das Optionsrecht nicht von ewiger Dauer sei und daß Großbritannien noch immer die Möglichkeit habe, das Verhältnis auf eine mehr geschäftliche Basis zu stellen, hätte vielleicht unseren Diplomaten den Rücken gestärkt und würde im Lande sicherlich mit Erleichterung und Begeisterung aufgenommen worden sein. Ich kann nur glauben, daß dies in der Tat die Absicht Snowdens gewesen ist. Aber er stolperte, als er auf die Füße kam, und dann wurde er halbstarrig.

Denn was er wirklich sagte, beruht auf einer Nichtbeachtung der Tatsachen, auf einer falschen Einschätzung der Folgen und war in wesentlichen Punkten unhaltbar.

Erstens: Seine Drohung, die Klausel der Balfour-Note nicht anzuerkennen, welche vorsieht, daß Großbritannien von seinen Alliierten und Deutschland zusammen nicht mehr fordern wird als die Vereinigten Staaten von ihm verlangen, ist ihrem Wesen nach unhaltbar, weil diese Klausel einen Bestandteil der Tilgungsabkommen bildet, die bereits von allen Ver-

bündeten Englands, mit Ausnahme Frankreichs, ratifiziert worden sind. Es ist ganz ausgeschlossen, daß irgendeine Regierung diese Übereinkommen nicht anerkennen könnte. Außerdem datiert die Balfour-Note von 1922 und sie behauptete sich uneingeschränkt auch während der Zeit, als das Labour-Ministerium die Regierung führte.

Zweitens: Die Folgen des Schrittes sind insofern falsch eingeschätzt worden, als die Streichung der durch die Balfour-Note entstehenden Vorteile aus dem Entwurf des französischen Abkommens — bei dem allein eine Zurückziehung noch möglich ist — dem britischen Steuerzahler nicht den geringsten Vorteil bieten würde. Denn, entzöge man Frankreich die ihm durch die Note zugesicherten Vorteile, so würden diese, auf Grund der bereits abgeschlossenen Abkommen, entweder Deutschland oder den anderen Alliierten, hauptsächlich Italien, zufallen.

Drittens: Eine Nichtbeachtung der Tatsachen liegt vor, weil die Erträge, welche Großbritannien gemäß den Schuldenabkommen erhält, zuzüglich des Anteils, den es vernünftigerweise aus den deutschen Reparationszahlungen erwarten darf, tatsächlich ganz beträchtlich niedriger sind als die Summen, die ihm nach den Bestimmungen der Balfour-Note zustehen. Es könnte also Frankreich gegenüber ganz beträchtlich höhere Forderungen stellen und es dennoch, wie die anderen Alliierten, an den Vorteilen der Note teilhaben lassen. Macht man Deutschland weitere Konzessionen in der Reparationsfrage, so wird dadurch die Spanne zwischen Englands wirklichen Einnahmen und dem Höchstbetrag auf Grund der Bestimmungen der Balfour-Note noch vergrößert. Es ist schwer zu glauben, daß Snowden all diese Tatsachen gekannt hat.

Inzwischen hat die Pariser Reparationskonferenz, wie viele von uns voraussahen, den toten Punkt erreicht. Denn, um die Wahrheit zu sagen: Die Konferenz ist zu früh einberufen worden. Es wäre besser gewesen, noch ein oder zwei Jahre unter dem Dawes-Plan auszuharren, ohne von ihm zu reden. Dies ist immer die Ansicht verantwortungsbewußter Kreise Großbritanniens gewesen. Die Konferenz ist die Frucht von Parker Gilberts übertriebenem Optimismus und seiner begreiflichen Ugeduld, den zurzeit bestehenden komplizierten Mechanismus zu beseitigen.

Es ist einfach, das Dilemma, dem die Konferenz gegenüberstand, darzustellen. Ihr Zweck bestand darin, Deutschlands Annuitäten herabzusetzen und den Zeitraum für die Zahlungen zu begrenzen. Nun ergibt sich die Schwierigkeit, daß wir, da Deutschland bisher seine Verpflichtungen mit Hilfe von Anleihen erfüllt hat, heute seine Leistungsfähigkeit ebensowenig abschätzen können wie vor fünf Jahren, als das Dawes-Komitee zusammentrat. Daher ist es schwer, zwingende Gründe zu finden, um die Alliierten zu großen Zugeständnissen zu bewegen, es sei denn, Deutschland habe seinerseits etwas zu bieten.

Nun bleibt Deutschland aber nur eine wichtige Konzession übrig, nämlich die, den „Transfer-Schutz“ aufzugeben, der ihm im Dawes-Plan zugestanden worden ist. „Transferschutz“ bedeutet, daß die Pflicht der deutschen Regierung darauf beschränkt ist, Zahlungen in deutscher Währung zu leisten. Die Alliierten

tragen die Verantwortung dafür, die Mark in Devisen umzuwandeln; sie müssen diesen Umtausch einstellen, sobald durch ihn der Markkurs gefährdet wird. Dieser Schutz bietet Deutschland so ungeheure Vorteile, daß man einen Verzicht darauf von ihm nicht erwarten darf, es sei denn, als Entschädigung würde ihm eine Herabsetzung der Annuitäten auf eine viel geringere Summe geboten, als von den Alliierten zugestanden werden kann, falls keine überzeugenderen Beweise für Deutschlands Leistungsfähigkeit vorliegen, als es gegenwärtig der Fall ist. Solange man daher an Deutschland das Ansinnen stellt, den „Transfer-Schutz“ aufzugeben, so lange wird sicherlich eine weite Kluft bestehen zwischen den Minimalbedingungen der Alliierten und dem Höchstangebot Deutschlands.

Den letzten Nachrichten aus Paris zufolge fordert Dr. Schacht als Minimumpreis für den Verzicht selbst auf einen kleinen Teil des „Transfer-Schutzes“ 1. eine Verminderung der Annuitäten um etwa ein Drittel; 2. eine Begrenzung ihrer Dauer auf 37 Jahre, und 3. einige nur angedeutete Zugeständnisse in bezug auf Rohstoffe, die zweifellos abgelehnt werden. Das bedeutet den Höhepunkt des Dilemmas. Denn es wäre sicherlich töricht von Dr. Schacht, eine erhebliche „ungeschützte“ Annuität anzubieten. Andererseits ist es zu viel, von den Alliierten zu erwarten, sie würden auf seine Zahlen eingehen, bevor es nicht erwiesen ist, daß sie nicht mehr erlangen können. Zweifellos würde Dr. Schacht gewillt sein, sein Angebot heraufzusetzen, falls man die Transferklausel beibehielte. Es wäre wahrscheinlich der beste Weg, den Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden, wenn die Alliierten ein solches Angebot ermöglichen würden. Doch würde dieses ein entschädigungsloses Zugeständnis an Deutschland bedeuten. Kurz: es fehlt eine Verhandlungsbasis; sie hat nie bestanden und wird auch nicht bestehen, bevor man nicht den Dawes-Plan sich eine längere Zeit auswirken läßt.

Aber es besteht noch ein zweites Paradoxon. Weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten würden im eigenen Interesse die Aufhebung des „Transfer-Schutzes“ wirklich begrüßen. Denn der Dawes-Plan war eine sehr fein erdachte technische Erfindung; die „Transferklausel“ schützt nämlich außer Deutschlands Interessen noch zwei weitere.

Einmal gewährt sie dem Ausländer Schutz, der sein Kapital in Deutschland angelegt hat, denn sie besagt, daß seinen Ansprüchen der Vorrang zusteht. Die Erträge aus den Reparationen können nur dann überwiesen werden, wenn dies möglich ist, ohne dadurch die Überweisung anderer Beträge zu gefährden. Wenn Owen Young Deutschland drängt, den Transferschutz aufzugeben, so bedroht er damit die Interessen der Amerikaner, die Kredite nach Deutschland gegeben haben und dann mit der Möglichkeit eines Sinkens des Markkurses rechnen müßten. Außerdem würden Deutschlands Bemühungen, weitere Auslandsanleihen zu bekommen, dadurch sehr erschwert werden.

Sodann schützt sie die britische, italienische und französische Industrie vor übermäßiger deutscher Konkurrenz. Unter dem Dawes-Plan hat Deutschland den Gegenwert seines „natürlichen“ Außenhandelsüberschusses zu zahlen. Seine Gläubiger können nicht

mehr von ihm erhalten, ohne den deutschen Export besonders zu fördern, sei es, indem sie die deutschen Löhne herabdrücken, sei es durch Aufnahme großer Sachlieferungsmengen, durch Vorzugsbehandlung deutscher Waren oder auf irgendeine andere Art. Das besagt, der Dawes-Plan gibt ihnen alles, was sie bekommen können, ohne der deutschen Industrie gegenüber künstliche Mittel anzuwenden, durch welche diese in die Lage versetzt würde, mehr als bisher mit ihnen in Wettbewerb zu treten. Sollten sie dies wünschen? Ich sehe in bezug auf die Entwicklungsmöglichkeiten der nächsten Zeit recht schwarz. Fünf Jahre hindurch hat Deutschland seine Zahlungen aus dem Erlös von Anleihen bestritten und zudem erreicht, daß es vor sechs Monaten eine ganz ansehnliche Reserve an Gold und Devisen ansammeln konnte. Die Ereignisse in New York trugen teilweise die Schuld daran, daß seine

Fähigkeit, bedeutende Summen zu borgen, ihr Ende fand. Die entsprechende Folge war ein Zusammenschrumpfen seiner Währungsreserven. Werden die Abgaben in diesem Tempo fortgesetzt, so ist mit einem vollständigen Verschwinden der freien Reserven in ein paar Monaten oder sogar in ein paar Wochen zu rechnen. Der Zusammenbruch der Pariser Konferenz dürfte diesen Vorgang noch beschleunigen. Denn zu Beginn dieses Jahres schätzte man die von Ausländern in Berlin kurzfristig angelegten Summen auf etwa 200 Mill. £. Der Abruf von nur 10 % dieses Betrages würde als sehr unangenehm empfunden werden. Ich bin daher geneigt anzunehmen, daß der „Transfer-Schutz“ des Dawes-Plans sehr bald wirksam werden, und daß Deutschland dann aufhören wird, überhaupt irgendwelche Reparationszahlungen zu leisten.

Die deutsche Genußmitteleinfuhr

Von Louise Krämer (Hamburg)

Bei einer Umfrage über Definition und Inhalt des Begriffes „Genußmittel“ würde man eine Reihe von recht verschiedenen Antworten erhalten. Hier mag der Begriff in rein praktischem Sinne Anwendung finden, so daß er etwa den Inhalt eines Bahnhofsverkaufsstandes charakterisiert, der außer Würstchen und belegten Brötchen wohl nur Dinge enthält, die den „Genuß“ einer Reise erhöhen oder ihre Anstrengungen abschwächen sollen.

Deutschlands Einfuhr an Genußmitteln betrug im Jahre 1928 14,35 Mill. dz, die einen Wert von 1220,4 Mill. RM darstellten; das ist rund gerechnet der Wert des Einfuhrüberschusses im reinen Warenverkehr während des gleichen Jahres und mehr als ein Drittel (34,23 %) des Einfuhrüberschusses der Gruppe „Lebensmittel und Getränke“. Damit wird zum erstenmal in einem Nachkriegsjahr, für das vergleichbare Zahlen vorliegen, der Einfuhrüberschuß von 1913 auch mengenmäßig leicht, um 3,4 %, überschritten. Unter Berücksichtigung der Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung — die Zahl der Erwachsenen im jeweiligen Zollgebiet ist seit 1913 gleichfalls um etwa 3—4 % gestiegen — dürfte die Verbrauchsmenge je Kopf der Bevölkerung etwa die gleiche sein wie in der Vorkriegszeit, bei einer gewaltigen Zunahme des Verbrauchswertes. Die Ursache für die Wertsteigerung um etwa 70 % liegt nicht nur in der allgemeinen Erhöhung des Preisniveaus, sondern auch in Verbrauchs- und Qualitätsverschiebungen, auf welche später einzugehen sein wird. Trotz verschiedener Korrekturen im einzelnen kann festgestellt werden, daß die Höhe

zuweisen hat, sondern als Hauptdeckung Ausfuhr an Fertigwaren und Auslandskredite buchen muß, recht beträchtlich ist und einen Beleg darstellt für die in keinem Verhältnis zum Kapitalbedarf stehende Konsumkraft der Bevölkerung.

Gegenüber dem Vorjahre ist erneut eine Mengensteigerung um 15,3 % zu verzeichnen. Der Anteil der einzelnen Gruppen an dieser Steigerung ist sehr verschieden; ein Rückgang ist für keine Gruppe zu verzeichnen. Die stärkste Zunahme weisen Obst und Südfrüchte auf — Obst: 20 %, Südfrüchte: 18,6 % —; es folgen Tabak mit 15 %, Kaffee mit 9 % und Kakao mit 7 %. Tee stieg nur ganz geringfügig um 3,2 %; die Gruppe Wein und Most blieb fast unverändert. An Verschiebungen gegenüber der Vorkriegszeit sind bemerkenswert zunächst die Veränderung des Anteils der Südfrüchte am Einfuhrüberschuß von Obst und Südfrüchten, der in beiden Jahren der gleiche ist. 1913 machten Südfrüchte 44,4 % der Fruchteinfuhr überhaupt aus, 1928 und noch mehr 1927 dagegen hatten sie die Obsteinfuhr überflügelt, eine Tatsache, die wertmäßig um so mehr ins Gewicht fällt, als auch unter den übrigen Früchten die teureren Obstsorten, wie Pfirsiche und Aprikosen, besonders bevorzugt wurden. Wir nennen ferner die starke Steigerung der Rohtabakeinfuhr um 36 % gegenüber 1913, die Verminderung des Kaffee-Einfuhrüberschusses und als deren Folge der gesteigerte Verbrauch von Tee (25 %) und noch mehr von Kakao (48,5 %). Als Grund für diese Veränderungen ist einerseits ein Wandel in der Geschmacksrichtung, andererseits aber eine Umgestaltung der Ernährungswissenschaft, der Ausbau der Lehre von den Vitaminen, anzusehen, durch die einige Genußmittel eigentlich schon in den Kreis der Nahrungsmittel einbezogen werden.

dieses Postens für ein Land wie Deutschland, das als Ausgleichsposten in der Zahlungsbilanz nicht mehr wie vor dem Kriege Erträge aus Auslandsbeteiligungen auf-

	1913		Einf.-Wert RM j.dz	1925		1926		1927		1928		Einf.-Wert RM j.dz
	Menge	Wert		Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert	
Kaffee	1675,4	218,4	130,5	908,5	227,3	1052,7	252,2	1243,3	269,3	1354,8	309,4	228,5
Tee	42,9	8,0	187,4	41,5	14,2	45,9	16,7	51,8	18,7	53,5	22,4	419,6
Kakao	515,9	67,0	127,0	799,0	76,3	631,7	62,2	715,2	97,8	766,3	96,4	125,0
Zusammen	2234,2	293,4		1749,0	317,8	1730,3	331,1	2010,3	385,8	2174,4	428,2	
Rohtabak	809,7	133,8	164,9	1197,7	259,8	608,6	143,1	950,8	230,2	1100,9	264,5	240,0
Obst	6731,5	142,0	21,2	3896,3	175,8	3883,3	138,9	3968,6	169,7	4771,8	215,9	45,4
Südfrüchte	2990,8	100,1	33,6	3798,2	178,9	3870,9	177,2	4205,4	226,8	4990,0	251,5	50,4
Wein, Most	1107,3	37,8	47,1	1273,4	57,3	644,1	20,8	1307,0	63,5	1310,6	60,3	53,1
Gen. insg.	13873,5	707,1		11904,6	989,6	10737,2	811,1	12442,1	1076,0	14347,7	1220,4	